

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/eltern-und-lehrer-kuendigen-protestwelle-gegen-senat-an/3898108.html>

# DER TAGESSPIEGEL



01.03.2011 21:40 Uhr | Von Susanne Vieth-Entus

Bildung

## Eltern und Lehrer kündigen Protestwelle gegen Senat an

**Berlins Landeselternausschuss will Proteste für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen organisieren. Auch die Lehrgewerkschaft GEW kündigt Aktionen an, die sich gegen die Überlastung älterer Lehrkräfte richten sollen.**



Bildungssenator Jürgen Zöllner hat schnellere Einstellungen versprochen. Der Protest reift dennoch. - FOTO: KITTY KLEIST-HEINRICH

Im Schulbereich hat der Wahlkampf bereits begonnen. Gleich von zwei Seiten wird der Senat jetzt in die Zange genommen: Die Elternschaft ruft zu einem „landesweiten Berliner Elternprotest – Mehr Geld für Schule“ auf, während die Lehrgewerkschaft GEW in der Unterrichtszeit für eine Altersermäßigung demonstrieren will. Beide Mitteilungen machten am Dienstag die Runde. Ein aktueller Brandbrief aus dem Bezirk Mitte und der absehbare Lehrermangel vervollständigen das problembeladene Bild, das Schule im Wahljahr 2011 bietet.

Die gewählte Elternvertretung, der Landeselternausschuss, betont, dass sich ihr Protest nicht gegen Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) richte.

Vielmehr habe man den Senat als Ganzes im Auge, „denn es geht um Haushaltsfragen“, gibt Landeselternsprecher Günter Peiritsch die Richtung vor. Sein Gremium will die materielle und personelle Ausstattung der Schulen verbessern und sich dafür langwierige und vielfältige Aktionen einfallen lassen. Einzelheiten sollen am Freitag bekannt gegeben werden.

Die Protestbereitschaft der Eltern speist sich aus zwei Hauptquellen. Zum einen ärgern sie sich darüber, dass nicht einmal der Millionensegen aus dem Konjunkturpaket gereicht hat, um Berlin von den marodesten Schulgebäuden zu befreien. Zum anderen sind sie entsetzt darüber, dass ein Drittel der Schulen mit fehlenden Lehrern in das Schuljahr

starten musste. Dass es dann noch nicht einmal zum zweiten Schulhalbjahr klappte, alle fehlenden Lehrer einzustellen, gab der Unzufriedenheit weiteren Auftrieb.

Womit bereits das nächste Gespenst an der Wand erscheint: Die Lehrersuche für das kommende Schuljahr. Zöllner hat angekündigt, dass über 1000 Pädagogen unbefristete Verträge bekommen sollen. Zwar sollen sie dieses Jahr frühzeitiger als sonst Angebote erhalten. Ob sie diese aber annehmen, ist – zumindest in den Mangelfächern – fraglich, da bundesweit besser bezahlt oder gar verbeamtet wird.

„Wir haben Zweifel, ob die Stellen alle besetzt werden können“, sagt denn auch Holger Dehring vom Berliner GEW-Vorstand. Die zwischen Berlin und den anderen Bundesländern vorhandene „Einkommenslücke“ werde in Berlin bei den Berufseinsteigern nur kurzfristig geschlossen. Später klaffe sie wieder. Besonders gravierend sind die Unterschiede, wenn ein Lehrer ein Beförderungsamt anstrebt: Als Angestellter profitiert er davon finanziell kaum und muss gleichzeitig im selben Lehrerzimmer erleben, dass verbeamtete Kollegen Monat für Monat hunderte Euro mehr nach Hause bringen.

Auch in anderer Hinsicht ist Berlin Schlusslicht bei den Arbeitsbedingungen für Lehrer: Alle anderen Bundesländer gewähren den älteren Pädagogen eine sogenannte Altersermäßigung. Dies bedeutet, dass Kollegen ab 55 oder 60 Jahren ein bis zwei Stunden pro Woche weniger unterrichten müssen. Nachdem es die Hamburger Lehrer im vergangenen Jahr geschafft hatten, ihre Altersermäßigung durch Proteste zurückzubekommen, sind die Berliner Gewerkschafter wild entschlossen, es ihnen nachzutun: Für den 5. April ist geplant, dass die protestbereiten Lehrer um „5 Minuten vor 12“ den Unterricht beenden und demonstrieren gehen, kündigte GEW-Chefin Rose-Marie Seggelke am Dienstag an. Es gebe bereits Beschlüsse, „dass sich Schulen nahezu geschlossen dem Aufruf anschließen wollen“.

Tatsächlich ist der Unmut nicht nur unter den älteren – verbeamteten – und jüngeren – nicht verbeamteten – Lehrern groß, sondern hat auch andere Gruppen erfasst. Insbesondere unter den Tausenden Lehrern, die an Brennpunktschulen arbeiten, fühlen sich viele überfordert. Jüngster Beleg war – wieder einmal – ein Brandbrief aus Mitte. „Wer das nicht selbst mitgemacht hat, kann sich das Ausmaß an Problemen an diesen Schulen nicht vorstellen“, wirbt ein Schulfachmann um Verständnis für den Brandbrief. Aber auch aus anderen Bezirken gibt es immer wieder beunruhigende Signale, wie zuletzt aus den Sekundarschulen aus Tempelhof-Schöneberg, die zusammen mit dem GEW-Vize Norbert Gundacker vor dem Entstehen neuer „Restschulen“ warnen.

Die Bildungsverwaltung will die Stimmung jetzt dadurch positiv beeinflussen, dass sie die Neubesetzung offener Lehrerstellen erleichtert. Wie berichtet, hat sich Zöllner am Montag persönlich an alle Schulleiter gewandt und ihnen die neuen Möglichkeiten geschildert. Er sei „zuversichtlich“, dass das neue Schuljahr gut vorzubereiten sei. Die Eltern sehen das anders und die GEW auch.